

GRZEGORZ HRYCIUK (WROCLAW)

Sowjetische Repressionen in den östlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik (1939 bis 1941): Massenexekutionen, Verhaftungen, Zwangumsiedlungen und die nationale Zugehörigkeit der Opfer

Am 17. September 1939 überschritten Einheiten der Roten Armee entsprechend den Vereinbarungen des geheimen Zusatzprotokolls zum deutsch-sowjetischen Nicht-Angriffs-Pakt vom August 1939 die Ostgrenze der Zweiten Polnischen Republik. Ohne auf ernsthafteren Widerstand polnischer Truppen zu stoßen, nahmen die sowjetischen Panzerspitzen bereits am nächsten Tag Wilna (litau.: Vilnius) ein und erreichten am 19. September Lemberg (ukrain.: L'viv). Der weitere Vormarsch in die Gebiete zwischen Bug und Weichsel wurde kurz darauf gestoppt. Die beiden Aggressoren – das Dritte Reich und die Sowjetunion – einigten sich bezüglich der territorialen Aufteilung Polens auf einen im Vergleich zu den vorangegangenen Vereinbarungen revidierten Grenzverlauf. Als Gegenleistung für die Eingliederung Litauens in das sowjetische Interessengebiet sollten die östlich der Weichsel gelegene Region Lublin sowie wesentliche Teile Masowiens und Podlasiens unter deutscher Okkupation verbleiben. Aufgrund des Verzichts auf diese mehrheitlich von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete konnte die sowjetische Seite von den Plänen zur Errichtung einer Polnischen Sowjetrepublik im Rahmen der UdSSR absehen¹ und dadurch die Schaffung eines potentiellen Anlasses für Missverständnisse und Unstimmigkeiten im Verhältnis zum Dritten Reich verhindern. Nach der Übergabe des seit dem Ersten Weltkrieg Polen zugehörigen Wilnaer Gebietes an die bis zu ihrem »freiwilligen Beitritt« zur UdSSR im August 1940 formal unabhängige Republik Litauen befanden sich im Oktober 1939 rund 194 000 km² polnischen Territoriums mit einer Bevölkerung von über 12,5 Millionen Menschen unter sowjetischer Besatzung.²

¹ Gnatowski, Michał: W radzieckich okowach. Studium o agresji 17 września 1939 r. i radzieckiej polityce w regionie łomżyńskim w latach 1939–1941 [In sowjetischen Fesseln. Studie über die Aggression vom 17. September 1939 und die sowjetische Politik in der Region Łomża in den Jahren 1939–1941], Łomża 1997, S. 195–197. Die okkupierten polnischen Ostgebiete (außerhalb der Städte) wurden mehrheitlich von Ukrainern und Weißrussen bewohnt, deshalb konnte die UdSSR auf die Bildung einer Polnischen SSR verzichten.

² Mały Rocznik Statystyczny Polski wrzesień 1939–czerwiec 1941 [Das kleine statistische Jahrbuch Polens, September 1939–Juni 1941], Warschau 1990, S. 4 u. 9; Łossowski, Piotr: Litwa a sprawy polskie 1939–1940 [Litauen und die polnischen Angelegenheiten 1939–1940], Warschau 1982, S. 56. Laut Berechnungen des polnischen Informationsministeriums aus dem Jahre 1941 befanden sich 201 015 km² der Zweiten Polnischen Republik unter sowjetischer und litauischer

Die sowjetische Führung hatte bereits Mitte September 1939 Pläne zur Fertigstellung der Eingliederung dieser polnischen Gebiete in die UdSSR ausgearbeitet. Das detaillierte Handlungsszenario wurde vom Politbüro des ZK der VKP (b) am 1. Oktober 1939 verabschiedet.³ Die Angliederung der territorialen Neuerwerbungen an die Weißrussische und Ukrainische SSR, die Implementierung der sowjetischen Staatsform sowie die Nationalisierung der Großindustrien und des privaten Bauernbesitzes sollten angeblich auf Wunsch und mit Zustimmung der (»befreiten«) Bevölkerung vorgenommen werden. Als ausführende Organe würden lokale Bürgervertretungen fungieren, die im Zuge heimlicher, freier und demokratischer Wahlen zu bilden seien. Die am 22. Oktober 1939 gewählten Delegierten der Nationalversammlungen Westweißrusslands und der Westukraine beschlossen während ihrer Beratungen in Lemberg (26. bis 28. Oktober 1939) und Białystok (28. bis 30. Oktober 1939) die Einführung der Sowjetherrschaft in der Westukraine und Westweißrussland, den Beitritt zur Ukrainischen bzw. Weißrussischen SSR sowie die Nationalisierung von Industriebetrieben, Banken und des Großgrundbesitzes. Dieser von den Nationalräten der okkupierten Territorien gestellte Antrag auf Eingliederung in die UdSSR wurde vom Obersten Sowjet der UdSSR sowie von den Obersten Sowjets der Ukrainischen und Weißrussischen SSR auf Sondersitzungen im November 1939 angenommen. In Konsequenz dieser Rechtsakte erhielt die Bevölkerung Ostpolens per Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 29. November 1939 die sowjetische Staatsbürgerschaft. Im Dezember 1939 und im Januar/Februar 1940 wurde eine veränderte administrative Territorialstruktur eingeführt und der Grenzverlauf zwischen der Ukrainischen und Weißrussischen SSR neu festgelegt. Mit den Wahlen zu den Räten sämtlicher administrativer Ebenen – von den Gemeinden über die Landkreise (*rajon*) zu den Gebieten (*oblast*) – galt die Annexion im Dezember 1940 staatsrechtlich endgültig als legitimiert. Zugleich fand mit der Errichtung dieser, den übrigen Gebieten der UdSSR entsprechenden, lokalen Verwaltungsstruktur die Anpassung an das sowjetische Herrschaftssystem ihren Abschluss.⁴

Parallel zu diesen Veränderungen wurde die Anpassung im wirtschaftlichen Bereich vorangetrieben. Es kam zu einer breit angelegten Nationalisierung von

(seit Juli 1940 dann alle Gebiete unter sowjetischer) Okkupation, die 1939 von rund 13 199 000 Menschen bewohnt wurden.

³ Gnatowski: *W radzieckich okowach* (Anm. 1), S. 202–205.

⁴ Głowacki, Albin: *Sowieci wobec Polaków na ziemiach wschodnich II Rzeczypospolitej 1939–1941* [Die Politik der Sowjets gegenüber den Polen in den Gebieten der Zweiten Polnischen Republik 1939–1941], Łódź 1997, S. 39–125. In der Region Wilna fanden die Anpassungsprozesse verspätet statt. Vor dem deutschen Angriff auf die UdSSR im Juni 1941 wurden am 12. Januar 1941 lediglich die Ergänzungswahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR durchgeführt. Siehe dazu ebenda, S. 125–128.

Privatbesitz, und im Dezember 1939 wurde die polnische Währung endgültig aus dem Umlauf genommen. Das Genossenschaftswesen wurde sowjetischen Organisationen unterstellt und damit de facto verstaatlicht. Der gesamte Produktionssektor wurde dem staatlichen Wirtschaftsplan und damit der zentralen Lenkung unterworfen. In den Dörfern begann indes – wenn auch in der Regel auf dem »sanfteren« Wege der propagandistischen Agitation – die Kollektivierung bäuerlicher Privatbetriebe.⁵

Die Vereinheitlichung erfasste auch die Bereiche Bildung und Kultur. Im Januar 1940 wurde das gesamte Schulwesen nach sowjetischem Muster umgestaltet und der Unterricht hatte ab sofort nach neuen Lehrplänen und mit sowjetischen Lehrbüchern zu erfolgen. Museen, Theater und wissenschaftliche Einrichtungen wurden der staatlichen Kontrolle unterworfen.⁶

Die Okkupationsmacht bemühte sich ebenfalls um eine Minimierung des Einflusses von Kirche und Religion. Wurde dabei auch vorerst von einem frontalen Angriff gegen die römisch- und griechisch-katholischen Kirchen abgesehen, so kam es doch zu finanziellen Schikanen sowie zur Verbreitung einer aktiven antireligiösen und atheistischen Propaganda. Durchaus erfolgreich waren demgegenüber die Bemühungen, die polnisch-orthodoxe Kirche der russisch-orthodoxen Hierarchie zu unterstellen.⁷

⁵ Głowacki: *Sowieci wobec Polaków* (Anm. 4), S. 128–169; Gnatowski: *W radzieckich okowach* (Anm. 1), S. 68–87; Bonusiak, Andrzej: *Polityka rolna władz radzieckich na terenie obwodu lwowskiego w latach 1939–1941* [Die Agrarpolitik der sowjetischen Behörden im Bezirk Lemberg in den Jahren 1939–1941], in: Sudol, Adam (Hrsg.): *Sowietyzacja kresów wschodnich II Rzeczypospolitej po 17 września 1939* [Die Sowjetisierung der Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik nach dem 17. September 1939], Bydgoszcz 1998, S. 133–146.

⁶ Głowacki: *Sowieci wobec Polaków* (Anm. 4), S. 411–592; Kijas, Artur: *Polityka kulturalna władz sowieckich wobec ziem wschodnich II Rzeczypospolitej w latach 1939–1941* [Die Kulturpolitik der sowjetischen Behörden gegenüber den Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik in den Jahren 1939–1941], in: Sudol (Hrsg.): *Sowietyzacja kresów wschodnich* (Anm. 5), S. 183–198; Kalbarczyk, Sławomir: *Polscy pracownicy nauki ofiary zbrodni sowieckich w latach II wojny światowej. Zamordowani, więzieni, deportowani* [Polnische Wissenschaftler als Opfer sowjetischer Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges. Ermordet, inhaftiert, deportiert], Warszawa 2001, S. 11–46.

⁷ Głowacki: *Sowieci wobec Polaków* (Anm. 4), S. 603–611; Gnatowski, Michał: *Antyreligijna działalność władz radzieckich w regionie białostockim w latach 1939–1941 w świetle dokumentów* [Die antireligiöse Politik der sowjetischen Behörden in der Region Białystok in den Jahren 1939–1941. Dokumente], in: *Studia Podlaskie* (Białystok) 7 (1997), S. 149–249; Rudnyćka, Milena (Hrsg.): *Zachidnja Ukrajina pid bolšewykamy IX 1939–VI 1941. Zbirnyk* [Die Westukraine unter den Bolschewisten. September 1939–Juni 1941. Sammelband], New York 1958, S. 113–135; Szkarowski, Michail W.: *Russkaja Pravoslavnaja Cerkov' pri Staline i Chruščevie* (Gosudarstvenno-cerkovnye otnošenija v SSSR v 1939–1964 godach) [Die russisch-orthodoxe Kirche unter Stalin und Chruščev (das Verhältnis von Staat und Kirche in der UdSSR in den Jahren 1939–1964)], Moskau 2000, S. 104–106.

Eines der wichtigsten Ziele der sowjetischen Führung war die Veränderung der Gesellschaftsstruktur. Eine wesentliche Rolle spielte in diesem Zusammenhang der Terror, dem nicht nur eine repressiv-vergeltende, sondern auch eine präventiv-warnende Funktion zukam.

Repression der Kriegsgefangenen: Die Massaker von Katyn' und Zwangsarbeit

Die erste Gruppe der ehemaligen polnischen Staatsbürger, welche die Repressalien seitens der sowjetischen Führung zu spüren bekam, waren die polnischen Soldaten, die im September und Oktober 1939 in sowjetische Gefangenschaft gerieten. Laut den triumphalen Meldungen sowjetischer Einheiten, Armeen und Fronten muss die ursprüngliche Zahl der Kriegsgefangenen 450 000 Personen überschritten haben.⁸ Aufgrund einer unzureichenden Bewachung der Gefangenentransporte sowie des Befehls, die Bewohner der von der Roten Armee besetzten polnischen Ostgebiete aus der Kriegsgefangenschaft nach Hause zu entlassen, reduzierte sich die Anzahl polnischer Gefangener in sowjetischer Hand noch im Herbst 1939 auf rund 125 000, darunter v. a. Soldaten aus West- und Zentralpolen.⁹ Entgegen den internationalen Konventionen wurden sie in Lagern festgehalten, die von Organen des NKVD geführt wurden.¹⁰ Die Freilassung eines Großteils der einfachen Soldaten und Unteroffiziere dauerte bis Dezember 1939 an: Während etwa die Hälfte der aus dem deutsch besetzten Zentral- und Westpolen stammenden Gefangenen an das Dritte Reich ausgeliefert wurden (42 492 Personen), entließ man fast ebenso viele Personen (42 400) vor Ort in die Freiheit. Danach befand sich noch eine Gruppe von annähernd 39 000 polnischen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand:¹¹ 10 362 dieser gefangenen Soldaten und Unteroffiziere wurden zur Arbeit in Bergwerke geschickt, die dem Volkskommissariat für Eisenmetallurgie unterstanden, weitere 13 297 wurden beim »Bauvorhaben Nr. 1« (zum Bau der Straße von Lemberg nach Kiew) eingesetzt. Die übrigen

⁸ Agresja sowiecka na Polskę w świetle dokumentów 17 września 1939 [Die sowjetische Aggression gegen Polen in den Dokumenten vom 17. September 1939], Bd. 1: Geneza i skutki agresji [Genese und Folgen der Aggression], Warschau 1994, S. 309; Rossija i SSSR v wojnach XX veka. Poteri voorużennych sil. Statističeskoe issledovanie [Russland und die UdSSR in den Kriegen des 20. Jahrhunderts. Verluste bei den bewaffneten Kräften. Eine statistische Untersuchung], Moskau 2001, S. 184.

⁹ Katyn'. Dokumenty zbrodni [Katyn'. Das Verbrechen in den Dokumenten], Bd. 1: Jeńcy nie wypowiedzianej wojny sierpień 1939–marzec 1940 [Die Kriegsgefangenen des nicht-erklärten Krieges von August 1939 bis März 1940], Warschau 1995, S. 125–137 u. 268.

¹⁰ Ebenda, S. 76–83 u. 88–93.

¹¹ Katyn'. Dokumenty zbrodni [Katyn'. Das Verbrechen in den Dokumenten], Bd. 2: Zagłada marzec–czerwiec 1940 [Die Vernichtung von März bis Juni 1940], Warschau 1998, S. 410 f.

15 087 Berufs- und Reserveoffiziere jedoch wurden in den Lagern von Kozel'sk und Ostaškov (RSFSR), Starobel'sk (in der östlichen Ukraine, ukrain.: Starobil's'k) sowie – anfangs – in Juhnov (RSFSR) festgehalten.¹² Den Unterlagen von Ende Februar 1940 zu Folge befanden sich unter den 4 486 Kriegsgefangenen im Lager Kozel'sk 4 347 Polen (daneben 89 Juden, 23 Weißrussen, 11 Deutsche, 8 Litauer, 6 Ukrainer, ein Tscheche und ein Georgier). Im Lager Starobel'sk waren 3 838 von 3 908 Gefangenen polnischer Nationalität (daneben 71 Juden, 4 Ukrainer sowie je ein Deutscher, ein Ungar, ein Litauer, ein Lette und ein Bulgare). Im Lager von Ostaškov befanden sich neben 6 013 gefangenen Polen 28 Weißrussen, 23 Ukrainer, 4 Deutsche, 2 Tschechen und 2 Russen).¹³ Für den Bau der Straße von Lemberg nach Kiew wurden im Lager von Rovno (ukrain.: Rivne) sowie in den Arbeitslagern des Donbass insgesamt 23 184 Kriegsgefangene festgehalten, darunter 16 545 Polen, 892 Ukrainer, 641 Juden, 52 Russen, 51 Litauer, 5 Tataren, 2 Deutsche und je ein Lette und ein Tscheche.¹⁴ In Ausführung eines entsprechenden Beschlusses des Politbüros des ZK der VKP (b) vom 5. März 1940 wurden im April/Mai 1940 in Ostaškov und Starobel'sk über 10 000 Kriegsgefangene ermordet. Die mehr als 4 300 Gefangenen aus Kozel'sk wurden nach Katyn' (poln.: Katyń) geführt und dort erschossen.¹⁵ Einzig 394 Gefangene, die in das Lager von Juchnov (und später nach Grjazovec) verlegt worden waren, entgingen den so genannten »Katyn'-Massakern« (307 Polen, 28 Juden, 22 Weißrussen, 22 Deutsche, 9 Russen und 6 Litauer).¹⁶ Im Juli und August 1940, nach der Eingliederung der baltischen Staaten in die Sowjetunion, wurden 811 polnische Soldaten, die seit Herbst 1939 in Lettland interniert waren, und 4 379, die man in Litauen gefangen hielt, ins Innere der UdSSR deportiert. Sie wurden vorerst in die Lager von Kozel'sk (Offiziere und Polizisten) und Juchnov verbracht, wo sie wiederum die Mehrheit der Internierten stellten (in Kozel'sk waren 2 417 von 2 448 Gefangenen polnischer Nationalität, in Juchnov 2 675 von 2 752).¹⁷ Die Unteroffiziere und Soldaten der in den baltischen Staaten internierten polnischen Armeeangehörigen (3 929 Personen) wurden 1941 von den Offizieren separiert und in das Lager von Ponoj (bei Murmans'k) gebracht, wo sie beim Bau eines Militärflugplatzes eingesetzt wurden.¹⁸ Im Lager Sevžel'dorlag in der Komi ASSR

¹² Katyń. Dokumenty (Anm. 9), Bd. 1, S. 481.

¹³ Ebenda, S. 446 u. 451 f.

¹⁴ Ebenda, S. 453 f.

¹⁵ Lebedeva, Natalija: Katyn': Prestuplenie protiv čelovečestva [Katyn': Verbrechen gegen die Menschheit], Moskau 1994, S. 134–235; Katyń. Dokumenty (Anm. 11), Bd. 2, S. 410 f.

¹⁶ Katyń. Dokumenty (Anm. 11), Bd. 2, S. 344, 351 f. u. 369.

¹⁷ Katyń. Dokumenty zbrodni [Katyn'. Das Verbrechen in den Dokumenten], Bd. 3: Losy ocalałych lipiec 1940–marzec 1943 [Das Los der Geretteten von Juli 1940 bis März 1943], Warschau 2001, S. 76, 140 u. 281 f.

¹⁸ Ebenda, S. 355, 387, 395 u. 413 f.

lebten unter den schweren klimatischen Verhältnissen des hohen Nordens seit Mai 1940 an die 8 000 Kriegsgefangene, die aus den Lagern des Donec'k-Beckens hierher verlegt worden waren.¹⁹ Überaus dramatisch gestaltete sich im Sommer 1941 das Los von rund 14 100 Kriegsgefangenen, die beim Straßenbau zwischen Lemberg und Rovno eingesetzt waren. Im Zuge der chaotischen Evakuierung nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 gelang einem Teil von ihnen die Flucht – viele von ihnen starben jedoch bei deutschen Luftangriffen oder wurden von den vorrückenden deutschen Truppen ermordet. Die Verluste im Zuge der Evakuierungen betrugen zwischen 1 824 und 1 968 Personen.²⁰ Laut Daten vom 31. Juli 1941 befanden sich zu jenem Zeitpunkt 25 184 polnische Kriegsgefangene in sowjetischer Hand, unter ihnen 21 055 Polen, 526 Ukrainer, 2 384 Weißrussen, 726 Juden, 70 Russen, 100 Litauer, 342 Deutsche, 9 Tataren sowie je ein Georgier und ein Österreicher.²¹ Nach Abschluss des polnisch-sowjetischen Abkommens vom 30. Juli 1941 und der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen verkündete die sowjetische Führung am 12. August 1941 eine Amnestie für die Kriegsgefangenen. Fast alle Internierten wurden freigelassen und den Einheiten einer neu gebildeten »Polnischen Armee in der UdSSR« zugeführt. Ausgenommen davon waren die im Lager Aktjubins'k verbliebenen 263 Kriegsgefangenen deutscher Herkunft sowie zwei Personen, die »aufgrund von Materialien der Sonderabteilung [des NKVD]« von der Musterung ausgenommen worden waren.²²

Der Beginn der Massenverhaftungen

Von den Repressalien im sowjetisch besetzten Ostpolen waren keineswegs nur Angehörige der Armee betroffen. Spezielle Operativgruppen des NKVD, die im September 1939 im unmittelbaren Rückfeld der Roten Armee nach Polen einmarschiert waren, begannen sofort mit der Verhaftung polnischer, ukrainischer, weißrussischer wie auch nach Polen emigrierter sowjetischer politischer Aktivisten. Die Operativgruppen waren hierfür mit vorgefertigten Listen »verdächtiger« Personen ausgestattet, die ihnen vom sowjetischen Geheimdienst zugestellt worden waren.²³ Auch Sondereinheiten der Roten Armee führten Festnahmen durch.

¹⁹ Katyń. Dokumenty (Anm. 11), Bd. 2, S. 266–268 u. 341–343; Katyń. Dokumenty (Anm. 17), Bd. 3, S. 67–72.

²⁰ Katyń. Dokumenty (Anm. 17), Bd. 3, S. 409–412, 421 f., 429 f. u. 432.

²¹ Ebenda, S. 427 f.

²² Ebenda, S. 494.

²³ Organy gosudarstvennoj bezopasnosti SSSR v Velikoj Otečestvennoj vojne. Sbornik dokumentov [Die Organe der Staatssicherheitsdienste der UdSSR im Großen Vaterländischen

Bis Ende 1939 wurden an die 20 000 Personen inhaftiert,²⁴ wobei der Kreis der Verfolgten und Festgenommenen sukzessive ausgeweitet wurde. Die Fahndungslisten wurden unter Verwendung von Daten ergänzt, die aus den Archiven der polnischen Polizei und Spionageabwehr stammten. Der Analyse solcher Materialien widmete sich eine spezielle Operativgruppe des NKVD. Im Ergebnis wurde Ende Februar 1941 eine schwarze Liste mit den Namen von 3 168 Agenten und Mitarbeitern des polnischen Geheimdienstes und der Polizei sowie von 55 125 Mitgliedern »nationalistischer Organisationen und Polizisten« veröffentlicht, von denen bis Ende März 1941 bereits 2 101 Personen verhaftet worden waren.²⁵ Unter den Häftlingen befand sich eine ständig wachsende Anzahl an Mitgliedern der seit der Niederlage im September 1939 massenhaft gegründeten konspirativen Widerstandsgruppen. Sie machten einen wesentlichen Teil aller 1940 und 1941 verhafteten Polen aus.

Insgesamt wurden gemäß sowjetischen Angaben von September 1939 bis Mai 1941 in den westlichen Gebieten der Weißrussischen und Ukrainischen SSR – zusammen mit den Festnahmen durch Sonderabteilungen der militärischen Sonderbezirke West und Kiew – 109 400 Personen verhaftet. Diese Zahl muss um mindestens 2 500 im Juni 1941 inhaftierte Personen erhöht werden. Ebenfalls mit einzubeziehen sind zudem 2 500 Gefangene aus den Gebieten, welche in die Litauische SSR inkorporiert wurden. Laut den oben genannten Unterlagen zum Zeitraum von September 1939 bis Mai 1941 befanden sich unter den 109 485 in den Gebieten des so genannten Westweißrussland und der Westukraine inhaftierten Personen 42 948 Polen (39,23 Prozent), 24 186 Ukrainer (22,09 Prozent), 8 091 Weißrussen (7,39 Prozent) und 23 590 Juden (21,55 Prozent). Da in diesen Zahlen mindestens 4 000 Personen – v. a. Ukrainer und Juden – mit einbezogen sind, die in den an die Ukrainische SSR angegliederten rumänischen Bezirken Czernowitz (ukrain.: Černivci), Izmail und Akerman gefangen genommen wurden, dürfte die tatsächliche Zahl an Verhaftungen in den besetzten Gebieten der Zweiten Polnischen Republik aller Wahrscheinlichkeit nach bei rund 110 000 gelegen haben, wobei der prozentuale Anteil an Ukrainern und Juden hier mit Sicherheit etwas geringer war als in den obigen Zahlen angegeben.²⁶

Krieg. Gesammelte Dokumente], Bd. 1: Nakanune, Kniga vtoraja: 1 janvarja–21 ijunja 1941 g. [Am Vorabend, Zweites Buch: 1. Januar bis 21. Juni 1941], Moskau 1995, S. 131.

²⁴ Gorlanov, O. A./Roginskij, A. B.: Ob arestach v zapadnych oblastjach Belorussii i Ukrainy v 1939–1941 gg. [Zu den Verhaftungen in den westlichen Gebieten Weißrusslands und der Ukraine in den Jahren 1939–1941], in: Repressii protiv pol'akov i pol'skich graždan [Repressionen gegen Polen und polnische Staatsbürger], Moskau 1997, S. 98.

²⁵ Polskie podziemie na terenach Zachodniej Ukrainy i Zachodniej Białorusi w latach 1939–1941 [Die polnische Untergrundbewegung in den Gebieten der Westukraine und Westweißrusslands in den Jahren 1939–1941], Warschau u. Moskau 2001, Bd. 1, S. 655.

²⁶ Gorlanov/Roginskij: Ob arestach (Anm. 24), S. 77–113.

Von den rund 110 000 Gefangenen wurden 9 465 im Laufe der Ermittlungsverfahren freigelassen. 612 starben an den Folgen von Folter, schlechten Lebensbedingungen und Krankheiten. Nur 43 Personen gelang die Flucht aus den Gefängnissen. Bis Mai 1941 wurden 1 208 Todesurteile verhängt, von denen ein Teil bis zum 22. Juni 1941 vollstreckt wurde, der andere Teil hingegen unmittelbar nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion. Zu diesen Exekutionen müssen noch jene 7 305 Personen hinzugezählt werden, die bereits in Folge einer Entscheidung der speziellen »Trojka« der NKVD-Führung im Frühling 1940 in Katyn' ermordet wurden.²⁷

Aus der so genannten Westukraine wurden in der Zeit von September 1939 bis Juni 1941 rund 33 200 Häftlinge in die Tiefen der UdSSR deportiert, die Mehrheit von ihnen von einem Gericht dazu verurteilt. Von den (gemäß Angaben vom 10. Juni 1941) bei Kriegsbeginn in der Region verbliebenen 20 094 Gefangenen »evakuierten« die sowjetischen Behörden etwa 4 500 ebenfalls in Richtung Osten. Mehr als 8 700 Häftlinge wurden ermordet, während der Rest – mindestens 7 000 Personen, die meist einfacher Verbrechen verdächtigt worden waren – vor Ort blieb und freigelassen wurde. Aus den Gebieten des so genannten Westweißrussland wurden bis Juni 1941 rund 22 000 Personen in die UdSSR deportiert. Von den 16 375 in dieser Region verbliebenen Häftlingen wurden nach dem deutschen Angriff etwa 2 800 in den sowjetischen Osten gebracht. 700 Gefangene (in ihrer Mehrheit aus dem Gefängnis in Glubokoe) wurden ermordet, während der Rest, etwa 12 800 Personen, im Chaos der ersten Tage des deutsch-sowjetischen Krieges den Weg in die Freiheit fand.²⁸

Eine Analyse der nationalen Zugehörigkeit der von 1939 bis 1941 in den sowjetisch okkupierten Gebieten Polens inhaftierten Personen ergibt einen – im Verhältnis zur nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung – leicht überhöhten Anteil an Polen. Als überproportional hoch erweist sich demgegenüber die Zahl jüdischer Gefangener. Wenngleich der NKVD in den Jahren 1940/41 aktiv gegen jüdische nationalistische (zionistische) Organisationen vorging,²⁹ resultiert dieser hohe Anteil jedoch daraus, dass in den Angaben zur Gesamtzahl der Gefangenen auch tausende so genannte »Einzelgänger« (*odinačky*), d. h. flüchtige jüdische

²⁷ Ebenda, S. 97; Lebedeva: Katyn' (Anm. 15), S. 168–170 u. 216; *Ukraiński ślad Katynia* [Die ukrainische Spur nach Katyn'], Warschau 1995.

²⁸ Gorlanov/Roginskij: Ob arestach (Anm. 24), S. 77–113; Popiński, Krzysztof/Kokurin, Aleksandr/Gurjanow, Aleksandr: Drogi śmierci. Ewakuacja więzień sowieckich z Kresów Wschodnich II Rzeczypospolitej w czerwcu i lipcu 1941 [Wege in den Tod. Die Evakuierung sowjetischer Häftlinge aus den Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik im Juni und Juli 1941], Warschau 1997, S. 68–181; Bilas, Ivan: Represywno-karal'na systema w Ukraini 1917–1953. Suspil'no-polityčnyj ta istoryko-pravovyj analiz. U dwuch knihach [Das Repressions- und Strafsystem in der Ukraine 1917–1953. Eine gesellschaftlich-politische und historisch-rechtliche Analyse in zwei Bänden], Bd. 2, Kyjiv 1994, S. 222–275.

²⁹ *Organy gosudarstvennoj bezopasnosti* (Anm. 23), Bd. 1, S. 184–187 u. 232–234.

Männer ohne Familien, enthalten sind: Die sowjetischen Behörden evakuierten im Juni 1941 jüdische Flüchtlinge (*bežency*) aus dem deutsch besetzten Westpolen, die seit 1939 Zuflucht im sowjetischen Okkupationsgebiet gesucht hatten, in Richtung Osten. Während dieser Evakuierung verhafteten sie in der Ukraine 6 600, in Weißrussland 7 000 alleinstehende jüdische Männer, *odinački*.³⁰

Zwangsaussiedlungen

Neben den Verhaftungen stellten die Zwangsaussiedlungen das zweite zentrale Mittel im reichhaltigen Instrumentarium der sowjetischen Repression zur Zeit der Okkupation Ostpolens dar. Unter den unterschiedlichsten Kategorien von Feinden der sowjetischen Gesellschaftsordnung, gegen die nach dem Prinzip der Kollektivhaftung vorgegangen wurde, befanden sich ganz oben auf der Liste die so genannten »Siedler«: alle Personen, ungeachtet ihrer Nationalität, die im Zuge der Bodenreform in den östlichen Provinzen der Zweiten Polnischen Republik eigenes Land erworben hatten. Das gleiche galt (ebenfalls ungeachtet ihrer nationalen Zugehörigkeit) für die so genannten »Forstarbeiter«. Dabei handelte es sich um Menschen, die zur Beaufsichtigung und Bewirtschaftung privater wie auch der staatlichen Wälder angestellt waren.

Die endgültige Entscheidung in Sachen »Siedler« fiel auf höchster sowjetischer Führungsebene Anfang Dezember 1939. Am 2. Dezember schlug Lavrentij Berija in einem Schreiben an Stalin und das ZK der VKP (b) vor, sämtliche »Siedler«-Familien bis zum 15. Februar 1940 zwangsauszu­siedeln. Am 4. Dezember wurde eine entsprechende Entscheidung vom Politbüro der VKP (b) gefasst, worauf der Rat der Volkskommissare der UdSSR am folgenden Tag den Erlass Nr. 2010-558 ss zur Aussiedlung der »Siedler« aus den westlichen Gebieten der Weißrussischen und Ukrainischen SSR unterzeichnete. In den letzten Tagen des Jahres 1939 fällten das Politbüro (21. und 28. Dezember) und der Rat der Volkskommissare (22. und 29. Dezember) eine Entscheidung bezüglich der weiteren Verwendung der von den »Siedlern« zurückzulassenden Güter sowie darüber, dass die »Waldaufsicht« in die Aussiedlung einzubeziehen sei. Die breit angelegte »Aktion« fand an dem »vom NKVD der UdSSR festgelegten Tag« statt, in der Nacht vom 9. auf den 10. Februar 1940.³¹

³⁰ Gorlanov/Roginskij: Ob arestach (Anm. 24), S. 88; Deportacje obywateli polskich z Zachodniej Ukrainy i Zachodniej Białorusi w 1940 roku [Deportationen polnischer Staatsbürger aus der Westukraine und Westweißrussland im Jahre 1940], Warschau u. Moskau 2003, S. 683.

³¹ Gurjanov, A. E.: Pol'ske specpereseleny v SSSR v 1940–1941 gg. [Polnische »Spezialumsiedler« in der UdSSR in den Jahren 1940–1941], in: Repressii protiv pol'akov i pol'skich graždan [Repressionen gegen Polen und polnische Staatsbürger], Moskau 1997, S. 117; Pawłow, J. S.:

Die genaue Zahl der im Februar 1940 zwangsausgesiedelten Personen lässt sich nicht mehr feststellen. Geplant war die Deportation von insgesamt 17 753 Familien bzw. 99 065 Personen aus der Westukraine sowie 9 810 Familien bzw. 52 892 Personen aus den fünf westlichen Gebieten der Weißrussischen SSR, darunter 6 064 »Siedler«-Haushalte (34 203 Personen) und 3 746 »Forstarbeiter«-Familien (16 689).³²

Tatsächlich wurde eine etwas kleinere Zahl an »Siedlern« ausgesiedelt als geplant. Im Februar 1940 wurden aus der Westukraine 17 206 Familien, 89 062 Personen, deportiert, aus Westweißrussland 9 584 Familien (50 732): In insgesamt 100 Eisenbahntransporten wurden demnach 26 790 Familien bzw. 139 794 Personen aus den durch die UdSSR okkupierten ostpolnischen Territorien in den Osten der Sowjetunion deportiert.³³ In den Dokumenten verschiedener Führungsebenen des NKVD finden sich an einigen Stellen andere Zahlen, die sich im Allgemeinen jedoch nur unwesentlich voneinander unterscheiden.³⁴ Laut den Unterlagen des NKVD waren von 139 299 Personen (28 553 Familien, das sind 1 763 mehr als in den Meldungen vom Februar 1940), die in der Registratur der Abteilung für Arbeitsansiedlung der Hauptverwaltung Lager (GULag) des NKVD für das erste Quartal 1940 geführt wurden, mindestens 88 262 aus der Ukrainischen und 49 239 aus der Weißrussischen SSR deportiert worden.³⁵ Möglicherweise resultieren die Differenzen – abgesehen von Ungenauigkeiten bei der

Represjonowanie polskich osadników w zachodnich obwodach Białorusi [Repressionen gegen polnische Siedler in den westlichen Bezirken Weißrusslands], in: Balcerak, Wiesław. (Hrsg.): *Polska-Białoruś 1918–1945* [Polen und Weißrussland 1918–1945], Warschau 1994, S. 126; »Zachodnia Białoruś« 17 IX 1939–22 VI 1941. Deportacja Polaków z północno-wschodnich ziem II Rzeczypospolitej 1940–1941. Źródła do historii Polski XX wieku ze zbiorów Narodowego Archiwum Republiki Białoruś [»Westweißrussland« vom 17. September 1939 bis 22. Juni 1941. Die Deportation von Polen aus den nordöstlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik 1940–1941. Quellen zur polnischen Geschichte des 20. Jahrhunderts aus den Beständen des Nationalarchivs der Republik Weißrussland], Bd. 2, Warschau 2001, S. 47; Parsadanova, Valentina S.: *Deportacja naselenija iz Zapadnoj Ukrainy i Zapadnoj Belorussii w 1939–1941 gg.* [Die Deportation der Bevölkerung der Westukraine und Westweißrusslands in den Jahren 1939–1941], in: *Novaja i nowesaja istorija* 1989, H. 2, S. 32. Siehe auch: Ciesielski, Stanisław/Hryciuk, Grzegorz/Srebrakowski, Aleksander: *Masowe deportacje ludności w Związku Radzieckim* [Massendeportationen der Bevölkerung in der Sowjetunion], Toruń 2003, S. 211–216.

³² Bilas: *Represywno-karałna systema* (Anm. 28), Bd. 1, S. 149 f.; Chackiewicz, Aleksander F.: *Aresztowania i deportacje ludności zachodnich obszarów Białorusi (1939–1941)* [Verhaftungen und Deportationen der Bevölkerung in den westlichen Bezirken Weißrusslands], in: Balcerak, W. (Hrsg.): *Polska-Białoruś 1918–1945* [Polen und Weißrussland 1918–1945], Warschau 1994, S. 140; »Zachodnia Białoruś« (Anm. 31), S. 174.

³³ Bilas: *Represywno-karałna systema* (Anm. 28), Bd. 1, S. 153; Chackiewicz: *Aresztowania* (Anm. 32), S. 146; »Zachodnia Białoruś« (Anm. 31), S. 175.

³⁴ Gurjanow, A.: *Cztery deportacje* [Vier Deportationen], in: *Karta* 1994, H. 12, S. 119 u. 125.

³⁵ *Deportacje obywateli polskich* (Anm. 30), S. 679.

Zählung – aus einer fehlenden Berücksichtigung der Todesfälle und Fluchten während des Transports. Zahlenmäßig dürften diese allerdings kaum ins Gewicht gefallen sein.³⁶

Die Wohnverhältnisse, die sanitären und die Versorgungsbedingungen sowie die auszehrende Arbeit bewirkten eine hohe Sterblichkeit unter den Umgesiedelten, die bereits nach etwas mehr als einem Jahr auf über 7,5 Prozent angestiegen war.³⁷ Unter den Deportierten befanden sich (laut Angaben vom 1. April 1941) 36 670 Männer über 16 Jahre (27,68 Prozent), 38 078 Frauen (28,75 Prozent), 11 329 Kinder im Alter von 14 bis 16 (8,55 Prozent) sowie 46 386 Kinder unter 14 Jahren (35,02 Prozent).³⁸ Charakteristisch für diese Gruppe von Verbannten waren die hohe durchschnittliche Kinderzahl je Familie (4,8 Personen je Familie) sowie auch der insgesamt hohe Kinderanteil (43,75 Prozent).

Entgegen der Bezeichnung dieses Verbannten-Kontingents als »polnische Siedler« war seine Zusammensetzung uneinheitlich. Gemäß Angaben, die aller Wahrscheinlichkeit nach aus der ersten Hälfte 1941 stammen, stellten die Polen lediglich 81,68 Prozent (109 233 Personen) der Deportierten, 8,76 Prozent (11 720) jedoch waren Ukrainer, 8,08 Prozent Weißrussen (10 802), 0,11 Prozent Deutsche (152) sowie 1,38 Prozent »andere« (1 835 Personen).³⁹ Diese Verteilung erklärt sich aus der Tatsache, dass sich unter den ausgesiedelten »Forstarbeiter«-Familien viele Weißrussen und Ukrainer befanden. Darüber hinaus wurden aus den mehrheitlich von Polen bewohnten Siedlungen und Kolonien in der Regel neben den polnischen Bauern auch deren weißrussische bzw. ukrainische Nachbarn deportiert. Sämtliche Deportierten hatten den Status von »Spezialumsiedlern« (*specposelency*), der demjenigen der als »Arbeitsumsiedler« (*trudposelency*) in den Jahren 1930/31 deportierten »Kulaken« sehr ähnlich war.⁴⁰

Sippenhaft

Das in der Sowjetunion praktizierte Prinzip der Kollektivhaftung entschied über das Los der Familienangehörigen von NKVD-Häftlingen und der Angehörigen

³⁶ Kowalska, Ewa: *Przeżyć, aby wrócić! Polscy zesłańcy lat 1940–1941 w ZSRR i ich losy do roku 1946* [Überleben um heimzukehren! Polnische Deportierte der Jahre 1940–1941 in der UdSSR und ihr Los bis zum Jahr 1946], Warschau 1998, S. 98.

³⁷ Ciesielski/Hryciuk/Srebrakowski: *Masowe deportacje* (Anm. 31), S. 237.

³⁸ Bilas: *Represywno-karał'na systema* (Anm. 28), Bd. 1, S. 195.

³⁹ Parsadanova: *Deportacyja naselenija* (Anm. 31), S. 32.

⁴⁰ Zemskov, Victor N.: *Specposelency (po dokumentacyi NKVD-MVD SSSR) [»Spezialumsiedler« (in den Dokumenten des NKVD-MVD der UdSSR)]*, in: *Socyologičeskie issledowanija* 1990, H. 11, S. 3–5; Ders: *»Kulackaja ssylka« nakanunie i v gody Velikoj Otečestvennoj Vojny* [»Die Verbannung der Kulaken« am Vorabend und in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges], in: *Socyologičeskie issledowanija* 1992, H. 2, S. 3–5.

von polnischen Kriegsgefangenen in den Lagern von Kozel'sk, Starobel'sk und Ostaškov. Die Entscheidung bezüglich ihrer Deportation wurde am 2. März 1940 vom Politbüro der VKP (b) und vom Rat der Volkskommissare der UdSSR gefällt (Beschluss Nr. 289-127 ss).⁴¹ Fünf Tage nach dem Beschluss des Rates der Volkskommissare erließ Berija einen Befehl zur Bildung der so genannten Operativ-Trojkas als entscheidungsbefugte Exekutivorgane der NKVD-Abteilungen in den westlichen Gebieten der Ukraine und Weißrusslands.⁴² In der ebenfalls am 7. März 1940 von Berija unterzeichneten Direktive Nr. 892/B des NKVD wurde der Befehl erlassen, bis zum 30. März (15 Tage vor Beginn der geplanten Aktion) alle zur Aussiedlung vorgesehenen Personen zu registrieren: Deportiert werden sollten die Ehefrauen und Kinder, wie auch die Eltern, Brüder und Schwestern, sofern sie »mit der Familie des Häftlings oder Kriegsgefangenen« zusammenlebten. Neben den Angehörigen von Häftlingen und Kriegsgefangenen »wurde die Gesamtzahl der auszusiedelnden Personen um die registrierten Familienmitglieder von Offizieren, Polizisten, Gefängniswärtern und anderen Berufsgruppen ergänzt, deren Familienoberhäupter zu unterschiedlichen Zeiten über die Grenze geflohen sind, sich verstecken oder auch [...] gesucht werden«.⁴³

Als so genannte gesellschaftliche Fremdkörper und gefährdende Elemente sollten zusammen mit den Familien inhaftierter oder gesuchter Personen auch Prostituierte aus den westlichen Gebieten der Ukrainischen und Weißrussischen SSR deportiert werden. Aus Westweißrussland wurden am 9. April 1940, drei Tage vor Beginn der eigentlichen »Aktion«, 307 Frauen und 35 Kinder abtransportiert.⁴⁴

Am 10. April 1940 bestätigte der Rat der Volkskommissare der UdSSR per Beschluss Nr. 497-177 ss die Durchführungsbestimmungen für die folgende Aussiedlung. Im Beschluss Nr. 497-177 ss wurde der Beginn der Deportationen auf die Nacht vom 12. auf den 13. April 1940 festgelegt.⁴⁵

Im April 1940 wurden in 51 Transporten »60 667 [gemäß anderen Angaben 61 092] Familienangehörige von Repressalien unterworfenen Mitgliedern aufständischer Organisationen, Offizieren der ehemaligen polnischen Armee, Polizisten, Vollzugsbeamten, Gendarmen, Gutsbesitzern, Fabrikanten und Beamten des ehemaligen polnischen Staatsapparates« aus den westlichen Gebieten der Ukraini-

⁴¹ Gurjanow: *Pol'ske specpereselency* (Anm. 31), S. 118.

⁴² Ciesielski/Hryciuk/Srebrakowski: *Masowe deportacje* (Anm. 31), S. 239.

⁴³ Katyń. Dokumenty (Anm. 17), Bd. 2, S. 43–46.

⁴⁴ *Deportacje obywateli polskich* (Anm. 30), S. 465–467.

⁴⁵ Buhaj, Mikola F.: *Deportaciji naselenija z Ukrajiny (30–50-ti roky)* [Deportationen der Bevölkerung aus der Ukraine (30er bis 50er Jahre)], in: *Ukrajins'kyj istoryčnyj žurnal* 1990, H. 10, S. 35; Gurjanov: *Pol'ske specpereselency* (Anm. 31), S. 120.

schen und Weißrussischen SSR in die Kasachische SSR umgesiedelt⁴⁶. Der rechtliche Status der im April 1940 Deportierten unterschied sich in einigen Punkten von dem der oben betrachteten »Siedler«. Sie galten formal lediglich als für den Zeitraum von 10 Jahren »administrativ Verbannte«, was bedeutete, dass sie ihre sowjetischen Bürgerrechte im Wesentlichen beibehielten. Sie lebten mit der lokalen Bevölkerung zusammen und wurden nicht in separaten Siedlungen isoliert. Lediglich ihren Wohnort durften sie nicht wechseln.⁴⁷

Gemäß unvollständigen Informationen zu den Deportierten vom April 1940 dürften die Polen rund 68,3 Prozent der Verbannten ausgemacht haben (41 000 Personen), die Ukrainer 13,5 Prozent (8 100), die Weißrussen 11,5 Prozent (6 900) und die Juden etwa 4,17 Prozent (2 500).⁴⁸

Die Deportation der Juden

Die dritte Welle von Massendeportationen im Jahre 1940 betraf die so genannten Flüchtlinge (*bežency*): Polnische Staatsbürger, die aus den durch das Dritte Reich okkupierten westlichen Landesteilen Polens in die sowjetisch besetzten Gebiete geflohen waren und die von der durch die Deutschen (in Absprache mit der sowjetischen Führung) von April bis Juni 1940 durchgeführten »Repatriierung« von Flüchtlingen in ihre ursprünglichen Wohnorte [gezielt] nicht erfasst wurden.⁴⁹ Die Entscheidung in Sachen »Flüchtlinge«, denen eine Rückkehr an ihre ursprünglichen Wohnorte verwehrt war, während sie ihrerseits die Annahme der sowjetischen Staatsbürgerschaft verweigerten, fiel im Politbüro bereits am 2. März 1940.⁵⁰ Per Beschluss Nr. 497-177 ss vom 10. April 1940 bekräftigte der Rat der Volkskommissare diese politischen Vorgaben und bestätigte zugleich die Anweisung des NKVD, wonach die »Flüchtlinge« in den Norden der Sowjetunion deportiert, in Spezialansiedlungen untergebracht und zur Arbeit in der Forstwirtschaft eingesetzt werden sollten. Es war vorgesehen, die Operation unmittelbar nach Beendigung der Arbeiten der deutschen Rückführungskommission und deren Rückkehr ins Dritte Reich durchzuführen.⁵¹

⁴⁶ Deportacje obywateli polskich (Anm. 30), S. 681.; Gurjanow: Cztery deportacje (Anm. 34), S. 23, 125 u. 132–134.

⁴⁷ Bilas: Represywno-karal'na systema (Anm. 28), Bd. 1, S. 155.

⁴⁸ Schätzungen des Autors auf der Basis von Deportacje obywateli polskich (Anm. 30), S. 394–397 u. 410–413.

⁴⁹ Über 84 Prozent der Betroffenen waren Juden, darunter auch die oben genannten »odinačky«, welche die Deutschen nicht »zurückhaben« wollten.

⁵⁰ Katyń. Dokumenty (Anm. 9), Bd. 1, S. 461.

⁵¹ Gurjanov: Pol'ske specpereseleny (Anm. 31), S. 118 u. 120.

Die Umsiedlungsaktion wurde in der Nacht vom 28. zum 29. Juni 1940 durchgeführt.⁵² Die genaue Anzahl der Betroffenen dieser Juni-Deportation ist umstritten. Gemäß Angaben des ukrainischen und weißrussischen NKVD wurden aus der Weißrussischen SSR 7 224 Familien (22 879 Personen) in die Verbannung verschickt, aus der Ukrainischen SSR 24 700 Familien (57 774 Personen). Das wären insgesamt 31 924 Familien bzw. 80 653 Personen.⁵³ Berechnungen auf Grundlage der Transportlisten, die den Kommandanten der 57 Wacheinheiten ausgehändigt wurden, ergeben eine Gesamtzahl von 76 246 Personen, darunter 52 617, die aus der Westukraine weggebracht wurden (allein aus Lemberg mehr als 30 000) sowie 23 629 aus Weißrussland.⁵⁴ Neben den Massendeportationen kam es Ende Juni 1940 zusätzlich zur Verhaftung von 16 617 Einzelpersonen, davon 9 275 in der Westukraine und 7 342 im westlichen Weißrussland.⁵⁵

Gemäß Informationen aus dem zweiten Quartal des Jahres 1941 befanden sich unter den 76 113 Flüchtlingen 8 357 Polen (10,95 Prozent), 1 728 Ukrainer (2,26 Prozent), 186 Weißrussen (0,24 Prozent), 119 Deutsche (0,16 Prozent) und 1 396 Personen, deren Nationalität in den Unterlagen des NKVD nicht ausgewiesen wird. Die überwiegende Mehrheit jedoch, 64 533 Personen (84,56 Prozent), waren Juden, welche die Deutschen zuvor nicht ins Generalgouvernement zurückkehren ließen.⁵⁶

Das Kontingent der »Flüchtlinge« setzte sich weitgehend aus Kleinfamilien mit wenigen Kindern sowie vielen unvollständigen, durch den Krieg auseinander gerissenen bzw. bereits durch die Deutschen dezimierten jüdischen Familien zusammen (im Durchschnitt drei Personen pro Familie). Der Anteil der Erwachsenen lag höher als bei den »Siedlern« (laut Angaben vom 1. April 1941: 29 437 Männer und 26 459 Frauen, das sind zusammen rund 73,48 Prozent). Die Zahl der im Juni 1940 deportierten Kinder war verhältnismäßig gering. Mit 20 172 (4 131 im Alter zwischen 14 bis 16 Jahre, 16 041 jünger als 14) machten die Kinder rund ein Viertel (26,52 Prozent) der »Flüchtlinge« aus.⁵⁷ Die absolute Mehrheit der Deportierten war städtischer Herkunft und gehörte zu einem beträchtlichen Teil der Intelligencija an. Die sowjetischen Behörden registrierten 8 261

⁵² Bilas: Represywno-karał'na systema (Anm. 28), Bd. 2, S. 149–158.

⁵³ Ebenda, S. 156; Chackiewicz: Aresztowania (Anm. 32), S. 153; Głowacki: Sowietci wobec Polaków (Anm. 4), S. 377; »Zachodnia Białoruś« (Anm. 31), S. 230; Polskie podziemie (Anm. 25), S. 655.

⁵⁴ Deportacje obywateli polskich (Anm. 30), S. 683; Gurjanow: Cztery deportacje (Anm. 34), S. 119, 125 u. 134 f.

⁵⁵ Deportacje obywateli polskich (Anm. 30), S. 683. Im Frühjahr 1941 sollte ein Teil der im Juni 1940 Inhaftierten aus den Lagern in Spezialedlungen verlegt werden (insgesamt 6 131 Flüchtlinge, darunter 806 Invaliden). Siehe Głowacki: Sowietci wobec Polaków (Anm. 4), S. 386.

⁵⁶ Parsadanova: Deportacyja naselenija (Anm. 31), S. 32.

⁵⁷ Ebenda, S. 28 u. 32; Bilas: Represywno-karał'na systema (Anm. 28), Bd. 2, S. 195.

»Ärzte, Agronomen und Lehrer«, darunter 551 »hoch qualifizierte Spezialisten« und wissenschaftliche Mitarbeiter unterschiedlicher Institutionen.⁵⁸

Die letzte Welle der Zwangsumsiedlungen

Nach der Deportation der »Flüchtlinge« vom Juni 1940 begann eine elfmonatige Ruhepause. Im späten Frühjahr 1941 setzten die Massendeportationen jedoch erneut ein. Angesichts des sich abzeichnenden Krieges verabschiedeten das ZK der VKP (b) und der Rat der Volkskommissare der UdSSR am 14. Mai 1941 den gemeinsamen Beschluss NR. 1299-526 ss zur Durchführung einer »Säuberungsaktion« in den Grenzgebieten aller Territorien, die in den Jahren 1939/40 in die Sowjetunion eingegliedert worden waren.⁵⁹

Die Aktion fand in drei Etappen statt: Am 21. Mai 1941 unterschrieb Berija den Befehl zum Beginn der Zwangsaussiedlungen aus den Gebieten der Westukraine, worauf sich bereits am darauf folgenden Tag die ersten Transporte in Bewegung setzten.⁶⁰ Die Operation begann am 22. Mai 1941 und wurde bereits abends um 22 Uhr abgeschlossen.⁶¹ Insgesamt wurden an diesem Tag 3 073 Familien deportiert (11 328 Personen). Diese Informationen weichen nur wenig von jenen aus den Transportlisten der Begleittruppen ab. Gemäß Letzteren verließen am 23. und 24. Mai 1941 zwölf Transporte mit 11 093 Zwangsaussiedlern das Gebiet der sechs westlichen Gebiete der Ukrainischen SSR. 589 Personen gelang es, sich den Transporten zu entziehen, während Operativgruppen des NKGB-NKVD im Gebiet Stanisławów (heute ukrain.: Ivano Frankivsk) 103 und im Gebiet Wolhynien 339 Personen an die Begleittruppen übergaben, die ursprünglich nicht zur Umsiedlung registriert worden waren.⁶² Da diese Aussiedlungsaktion primär als Teil einer am 2. April 1941 begonnenen Operation gegen ukrainische Nationalisten geplant wurde,⁶³ stellten die Ukrainer die entschiedene Mehrheit der Deportierten. Es befanden sich unter ihnen jedoch auch Polen.

⁵⁸ Buhaj: *Deportaciji* (Anm. 45), S. 113.

⁵⁹ Bugaj, N. (Hrsg.): »Specjalnateczka Stalina«: deportacje i reemigracja Polaków, [Die »Spezialakte Stalins«: Deportationen und Reemigration von Polen], in: *Zeszyty Historyczne* 1994, H. 107, S. 107.

⁶⁰ Gurjanow: *Cztery deportacje* (Anm. 34), S. 124; Ders.: *Masštaby deportacyi nasilenija v glib' SSSR v maje-ijune 1941 g.* [Die Dimension der Deportation der Bevölkerung ins Innere der UdSSR von Mai bis Juni 1941]: in: *Repressii protiv pol'akov i pol'skich graždan* [Repressionen gegen Polen und polnische Staatsbürger], Moskau 1997, S. 155 f.

⁶¹ *Organy gosudarstvennoj bezopasnosti* (Anm. 23), S. 154–156.

⁶² Ebenda, S. 154.

⁶³ Ebenda, S. 192.

Drei Wochen später, am 14. Juni 1941, erreichte die Deportationswelle die baltischen Republiken, Litauen, Lettland und Estland.⁶⁴ Aus dem Territorium Litauens wurden 12 562 Personen weggebracht, unter ihnen mindestens 3 200 Personen aus jenen Gebieten, die vor 1939 der Zweiten Polnischen Republik angehört hatten, hauptsächlich Polen.⁶⁵

Kaum eine Woche nach Beginn der Umsiedlungsaktionen in den baltischen Ländern ereilten die Deportationen (in der Nacht vom 19. auf den 20. Juni) die polnische Bevölkerung des so genannten Westweißrussland. Tatsächlich betraf die im Juni 1941 durchgeführte Aussiedlungsaktion nicht nur die Bewohner polnischer Nationalität, sondern alle diejenigen, die von den Behörden als Feinde der Sowjetmacht eingestuft wurden. Insgesamt wurden 24 412 Personen mit Repressalien belegt: 2 029 wurden inhaftiert und 22 353 ausgesiedelt. Unter den Letzteren befanden sich 6 655 Familienangehörige von Personen, die im Juni 1941 inhaftiert und 1 239 Angehörige von Personen, die zum Tode verurteilt worden waren. Weiterhin 3 752 Angehörige von solchen, die sich vor den sowjetischen Behörden versteckt hielten, 7 105 Angehörige von Personen, die über die Grenze geflohen waren, 2 093 Angehörige von »Anführern und aktiven Mitgliedern konterrevolutionärer, aufständischer Organisationen, gegen welche Ermittlungen im Gange waren«, 47 Angehörige von inhaftierten Großgrundbesitzern, 231 Angehörige inhaftierter Gendarmen und Polizisten sowie 496 Angehörige verfolgter Offiziere der Polnischen Armee und ehemaliger höherer Beamte des polnischen Staates. Dazu kamen viele Händler u. a. zusammen mit ihren Familien (708).

Die meisten, nämlich 11 405 Personen, wurden dabei aus dem Gebiet Bialystok ausgesiedelt.⁶⁶ Insgesamt wurden in Weißrussland bis zum 22. Juni 1941 mindestens 20 Deportationszüge in Bewegung gesetzt. Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion und die intensive Bombardierung von Eisenbahnknotenpunkten bewirkten, dass fünf Transporte bereits in oder vor Minsk stecken blieben. Etwa 10 bis 13 Prozent der betroffenen Zwangsumsiedler wurden bei den Luftangriffen getötet, weitere 12 bis 15 Prozent verletzt. Angesichts des schnellen Vorrückens der deutschen Armeen und der drohenden Einkesselung der sowjetischen Truppen vor Minsk wurden drei der Transporte durch die Begleittruppen aufgelöst, das Schicksal der beiden anderen bleibt im Dunkeln.⁶⁷ Aus anderen Quellen geht allerdings hervor, dass sämtliche Deportationszüge aus den westlichen Gebieten der Weißrussischen SSR das Innere der UdSSR erreicht hätten. Beträchtliche Differenzen ergeben sich auch aus einem Vergleich der Transportunterlagen

⁶⁴ Gurjanow: *Masštaby* (Anm. 60), S. 149–153.

⁶⁵ *Lietuvos gyventojų trėmimai 1941, 1945–1952 m. Dokumentų rinkinys* [Deportationen der Bewohner Litauens in den Jahren 1941, 1945–1952. Dokumentensammlung], Vilnius 1994, S. 52 f.

⁶⁶ Chackiewicz: *Aresztowania* (Anm. 32), S. 156; »*Zachodnia Białoruś*« (Anm. 31), S. 232–235.

⁶⁷ Gurjanow: *Cztery deportacje* (Anm. 34), S. 120.

mit Angaben zur Anzahl Personen, die am Zielort der Verbannung angesiedelt wurden. Gemäß den Unterlagen der Abteilung für Spezial- und Arbeitsansiedlungen des NKVD kamen 24 266 Personen aus Westweißrussland in der Verbannung an.⁶⁸ Diese Zahlen konnten bislang leider nicht nachgeprüft werden, doch muss die Tatsache, dass die Anzahl angesiedelter Menschen höher beziffert wird als die der ursprünglich aus Weißrussland Deportierten, Zweifel an der Richtigkeit dieser Angaben wecken.

Die Zwangsumsiedler des Jahres 1941 wurden in der reichen sowjetischen Rechtsnomenklatur als »Verbannungssiedler« (*ssyl'noselency*) bezeichnet und für 20 Jahre in die entferntesten Gebiete der UdSSR verschickt. Der Status der »Verbannungssiedler« lag ungefähr zwischen dem der »Spezialumsiedlern« (*specpersedlency*) und dem der »freien Verbannten«, die auf administrativem Wege zur Umsiedlung gezwungen wurden. Den Deportierten des Jahres 1941 wurde in manchen Fällen die eigene Wahl des Wohnortes gewährt. Sie arbeiteten mehrheitlich in Sowchosen und lebten mit der örtlichen Bevölkerung zusammen.⁶⁹ Für die Zwangsumsiedler vom Februar und Juni 1940 war an solche Bedingungen nicht einmal zu denken.

Unter den 22 353 im Juni 1941 aus den Gebieten des westlichen Weißrussland deportierten Personen befanden sich mindestens 13 200 Polen, 1 600 Juden, 700 Ukrainer und 5 500 Weißrussen.⁷⁰ Der Anteil der Weißrussen könnte jedoch in den offiziellen Dokumenten – auf Kosten der Polen – erhöht worden sein, denn die Zwangsaussiedlung war v. a. gegen die Familien inhaftierter oder gesuchter Mitglieder der im Herbst 1940 und Frühjahr 1941 zerschlagenen polnischen Unabhängigkeitsorganisationen gerichtet.

Zwangsaussiedlungen im neuen Grenzgebiet

Während des Jahres 1940 unternahm die sowjetische Führung Anstrengungen zur Sicherung der neuen Westgrenze des Imperiums. Bereits Anfang März 1940 wurde die Einrichtung eines rund 800 Meter messenden Grenzstreifens beschlossen, aus dem jegliche Bewohner entfernt werden sollten. Der Umfang der entsprechenden Zwangsumsiedlungen war gewaltig. In der Westukraine waren davon 21 942 Familien betroffen (100 050 Personen), von denen 4 870 (22 615 Personen) innerhalb ihres eigenen Dorfes, 17 072 Familien jedoch (77 485 Perso-

⁶⁸ Gurjanow: Masštaby (Anm. 60), S. 156 f.

⁶⁹ Buhaj: Deportaciji (Anm. 45), S. 35; Bilas: Represywno-karal'na systema (Anm. 28), Bd. 2, S. 135–138 u. 201–213.

⁷⁰ Schätzungen des Autors auf Grundlage von: Gorlanov/Roginskij, Ob arestach (Anm. 24), S. 88 f.

nen) in anderen Ortschaften desselben oder gar eines anderen Gebiets angesiedelt werden sollten.⁷¹

Die Umsiedler waren mehrheitlich in den Häusern unterzubringen, die von Deutschen oder deportierten »Siedlern« und »Kolonisten« verlassen worden waren. Die Aktion begann im April 1940 und verlief nicht ohne Zwischenfälle: Der Widerstand der Bevölkerung konnte, beispielsweise in den Bergregionen des Gebiets Stanisławów (Ivano Frankivs'k), nur unter Anwendung von Gewalt gebrochen werden. Laut Unterlagen des NKVD von Anfang August 1940 lag die Zahl der umgesiedelten Familien um etwa 10 Prozent niedriger als ursprünglich geplant. Allerdings übertraf – gemäß anderen Informationen – die tatsächliche Zahl der betroffenen Personen die ursprünglichen Planungen und Schätzungen der Behörden sogar noch um 102 800.⁷²

In Weißrussland wurden 8 442 Haushalte umgesiedelt, die insgesamt 35 300 Personen umfassten (wobei in einem der NKVD-Dokumente gar die Zahl von 15 000 Haushalten angegeben wird). Fast die Hälfte der Betroffenen waren Weißrussen, doch auch der polnische Anteil war bedeutend (10 700 Personen, v. a. im Gebiet Białystok). Einen geringeren Anteil hatten Litauer (3 700 Personen), Juden und Ukrainer.⁷³

In Ergänzung dieser Aktion wurden zum Jahreswechsel 1940/1941 aus den grenznahen Bereichen der Gebiete Lemberg, Drohobycz und Wolhynien etwa 13 000 bis 16 000 Menschen nach Bessarabien umgesiedelt. Ihnen wurden die Höfe zugewiesen, die von deutschen Bauern bei ihrer Ausreise nach Deutschland aufgegeben worden waren. Von den 3 700 umgesiedelten Familien (ca. 20 bis 35 Prozent Polen und 65 bis 80 Prozent Ukrainer), stammten zwei Drittel (2 500) aus Ostgalizien. Im Rahmen derselben Umsiedlungsaktion wurden im Januar 1941 kraft eines Beschlusses des Rates der Volkskommissare der Ukrainischen SSR und des Politbüros der Ukrainischen Kommunistischen Partei vom 30. Dezember 1940 ebenfalls rund 2 300 Personen (462 mehrheitlich ukrainische Familien) im Gebiet Izmailovsk umgesiedelt. Sie stammten aus drei Dörfern, de-

⁷¹ Siehe dazu den Beschluss des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine und des Rates der Volkskommissare der Ukrainischen SSR vom 3. April 1940: »Über die Aussiedlung und Umsiedlung der Bewohner des 800 Meter breiten Grenzstreifens in den westlichen Bezirken der Ukraine sowie die Säuberung des Streifens von jeglicher Bebauung«, in: Central'nyj Deržavnyj Archiv Hromads'kych Objednan' Ukraïny/Zentrales Staatsarchiv für gesellschaftliche Organisationen der Ukraine, F-1, op. 16, s. 19, Bl. 170–174.

⁷² Insgesamt wurden aus den sechs westlichen Gebieten der Ukrainischen SSR 20 524 Haushalte mit annähernd 95 000 Personen ausgesiedelt. Siehe *Deportacje obywateli polskich* (Anm. 30), S. 655–675 u. 685.

⁷³ Kostiuk, Michail P.: *Bol'shevistska sistema vlasti v Belorussii* [Das bolschewistische Herrschaftssystem in Weißrussland], Moskau 2002, S. 220.

ren etwa 30 km² großes Territorium an den sowjetischen Truppenübungsplatz von Javorov angegliedert worden war.⁷⁴

Ein Heer von mehreren zehntausend Flüchtlingen, v. a. Juden und Polen, sowie eine Gruppe in den annektierten Gebieten Ostpolens ansässiger Arbeitsloser (hauptsächlich Juden und Ukrainer) reisten zum Jahreswechsel 1939/40 auf der Suche nach Arbeit in den Donbass und andere industrielle Zentren der Sowjetunion.⁷⁵ Während des letzten Quartals des Jahres 1939 trafen 32 775 Flüchtlinge und etwa 15 000 Arbeitslose aus Ostpolen in den elf östlichen Gebieten der Ukrainischen SSR ein. Die Anwerbeaktion zur Arbeit in der Kohle- und Metallindustrie der Ostukraine und am Ural dauerte mindestens bis August 1940 an.⁷⁶ In einigen Regionen, so etwa im Gebiet Stanisławów, drängte die Parteiführung auf eine Weiterreise jeglicher Flüchtlinge ins Innere der UdSSR, weshalb sie versuchte, die Anwerbeaktion in eine Zwangsumsiedlung umzufunktionieren.⁷⁷ Die harten Lebensbedingungen bewirkten jedoch, dass ein bedeutender Teil dieser »Gastarbeiter« aus den Bergbaugebieten des Donec'-k-Beckens nach Ostgalizien zurückkehrte.⁷⁸ Aus dem westlichen Weißrussland (wo die Aktion einen weitgehenden Zwangscharakter aufwies) wurden 1939, u. a. aus dem Gebiet Białystok, 22 731 Personen zwangsausgesiedelt.⁷⁹

⁷⁴ Hryciuk, Grzegorz: *Przemiany narodowościowe i ludnościowe w Galicji Wschodniej i na Wołyniu w latach 1931–1948* [Nationale und demographische Veränderungen in Ostgalizien und Wolhynien in den Jahren 1931–1948], Toruń 2005, S. 176 f.

⁷⁵ Kalenyčenko, Pawło M.: *Pol's'ka prohresywna emigracija v SRSR v roki druhoji switovoji wjny* [Die fortschreitende polnische Einwanderung in die UdSSR in den Jahren des 2. Weltkrieges], Kiew 1957, S. 33.

⁷⁶ Information zum Verlauf der Rekrutierung von Arbeitskräften im Bezirk Lemberg, Stand 11. März 1940, in: *Deržavnyj Archiv L'vivs'koji Oblasti/Bezirksstaatsarchiv Lemberg* (im Folgenden: DALO), R-221, op. 1, s. 164, Bl. 7; Beschluss des Bezirksarbeiterrates Lemberg vom 14. März 1940 in Sachen Rekrutierung von Arbeitern für das Volkskommissariat für Stahlverhüttung der UdSSR, in: DALO, R-221, op. 1, s. 219, Bl. 60. Siehe auch *Czerwony Sztandar* [Die Rote Fahne] Nr. 60 vom 3. Dezember 1939; Nr. 73 vom 20. Dezember 1939; Nr. 75 vom 22. Dezember 1939; Nr. 85 vom 3. Januar 1940; Nr. 89 vom 8. Januar 1940; Nr. 96 vom 16. Januar 1940; Nr. 104 vom 27. Januar 1940; Nr. 126 vom 22. Januar 1940; sowie: Nr. 273 vom 15. August 1940. Siehe auch Bilas: *Represywno-karal'na systema* (Anm. 28), Bd. 2, S. 143 f.

⁷⁷ Stenogramm einer Beratung vom 3. Januar 1940 über den Stand der Anwerbung von Flüchtlingen, die zur Arbeit in andere Regionen der Sowjetunion umzusiedeln wünschen, in: *Deržavnyj Archiv Ivano-Frankivs'koji Oblasti/Bezirksstaatsarchiv Ivano-Frankivs'k*, F-1P, op. 1, s. 72, Bl. 1.

⁷⁸ Bericht von Dr. A. Muskat, in: *Archiwum Zakładu Historii Ruchu Ludowego/Archiv des Instituts für die Geschichte der Bauernbewegung*, Materialien von S. Kot, sygn. 97, Bl. 160; Beschluss des Bezirksarbeiterrates Lemberg vom 14. März 1940 in Sachen Rekrutierung von Arbeitern für das Volkskommissariat für Stahlverhüttung der UdSSR, in: DALO, R-221, op. 1, s. 219, Bl. 61.

⁷⁹ Boćkowski, Daniel: *Masowe deportacje ludności polskiej z tak zwanej Zachodniej Białorusi jesienią 1939 roku* [Massendeportationen der polnischen Bevölkerung aus dem so genannten Westweißrussland im Herbst 1939], in: Jasiewicz, Krzysztof: *Europa nie prowincjonalna. Przemiany na ziemiach wschodnich dawnej Rzeczypospolitej* (Białoruś, Litwa, Łotwa,

Nachdem die Bewohner in den Ostgebieten der polnischen Zwischenkriegsrepublik die sowjetische Staatsbürgerschaft übernehmen mussten, wurden sie seit Herbst 1940 auch zum Militärdienst in der Roten Armee rekrutiert. In den Jahren 1940/41 wurden die Jahrgänge 1918 und 1919 sowie teilweise 1917 zur Musterung aufgeboden. Dies betraf ca. 150 000 Männer (38 Prozent Ukrainer, 33 Prozent Polen, 17 Prozent Weißrussen und knapp 10 Prozent Juden). Zu ihnen muss auch eine Gruppe von – wie es scheint – mindestens einigen zehntausend Reservisten dazugerechnet werden, die im Rahmen der Teilmobilmachung im Mai 1940 sowie dann im Juni 1941, bereits nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, in die Rote Armee übernommen wurden.⁸⁰

Bilanzen

Aus den veröffentlichten Unterlagen des NKVD geht hervor, dass die sowjetischen Behörden im Laufe von 21 Monaten mindestens 315 000 ehemalige polnische Staatsbürger nach Kasachstan, Sibirien und in den hohen Norden verschickten. Unter den Deportierten überwogen die Polen, deren Zahl auf rund 181 200 geschätzt werden kann (57,5 Prozent). Die zweitgrößte Gruppe bildeten die Juden mit etwa 69 000 Personen (21,9 Prozent). Danach folgen 32 900 Ukrainer (10,44 Prozent) und 24 000 Weißrussen (7,62 Prozent). Es wurden auch einige tausend Deutsche, Litauer, Russen und Tschechen deportiert. Das bedeutet, dass aus den durch die Sowjetunion annektierten polnischen Ostprovinzen über vier Prozent der Einwohner polnischer Nationalität ins Innere der Sowjetunion verschleppt wurden, von den ortsansässigen Juden (die Flüchtlinge aus West- und Zentralpolen nicht eingerechnet) jedoch nur eine verschwindende Prozentzahl (0,18 Prozent). Darüber hinaus wurden mindestens 0,6 Prozent der Ukrainer und rund 1,09 Prozent der Weißrussen Richtung Osten deportiert.⁸¹

Ukraina, wschodnie pogranicze III Rzeczypospolitej Polskiej) w latach 1772–1999 [Keineswegs nur das provinzielle Europa. Veränderungen in den Gebieten der alten Republik Polen (Weißrussland, Litauen, Lettland, Ukraine und die östlichen Grenzbereiche der Dritten Polnischen Republik) in den Jahren 1772–1999], Warschau u. London 1999, S. 983–992.

⁸⁰ Hryciuk: *Przemiany narodowościowe* (Anm. 74), S. 177 f. u. 196.

⁸¹ Schätzungen des Autors auf der Basis von *Maly Rocznik* (Anm. 2), S. 10. In einer Notiz Berijas an Stalin vom 15. Januar 1943 über die sich auf dem Gebiet der UdSSR aufhaltenden Polen finden sich fragmentarische Angaben zur nationalen Zugehörigkeit polnischer Staatsbürger, die in den Jahren 1939 bis 1941 deportiert und inhaftiert wurden. Von den 356 012 in der Aufstellung erfassten polnischen Staatsbürgern waren 200 828 Polen (56,41 Prozent), 90 662 Juden (25,47 Prozent), 31 392 Ukrainer (8,82 Prozent), 27 418 Weißrussen (7,70 Prozent), 3 421 Russen (0,96 Prozent) sowie 2 291 Personen anderer Nationalität (0,64 Prozent). Leider lässt sich kaum feststellen, welche Gruppe in diesen Berechnungen, bei denen die Gesamtzahl der Betroffenen zu niedrig angesetzt wird, unberücksichtigt geblieben ist; eventuell die

Bis heute bleibt die Frage umstritten, von welchen Kriterien sich die sowjetischen Behörden bei der Auswahl hunderttausender Menschen zur Zwangsumsiedlung leiten ließen. Politische und soziale Aspekte scheinen die entscheidende Rolle gespielt zu haben: Es wurden Personen umgesiedelt, die Verbindungen zum ehemaligen polnischen Staatsapparat aufwiesen (zu denen man bis zu einem gewissen Grade – als Begünstigte – auch die »Siedler« rechnen kann). Sie wurden als potentielle Bedrohung für den nach der sowjetischen Okkupation eingeleiteten gesellschaftlichen und politischen Umgestaltungsprozess eingestuft. Eine überaus breite Interpretation dieses Bedrohungspotentials sowie die Anwendung des Prinzips der kollektiven Verantwortung waren keineswegs außergewöhnlich, sondern entsprachen der allgemeinen sowjetischen Praxis. Zusammen mit den Repräsentanten des so genannten polnischen Nationalismus fielen auch die ukrainischen (April 1940 und Mai 1941) und die jüdischen (April 1940) »Nationalisten« den Deportationen zum Opfer. Die Zwangsumsiedlung der »Flüchtlinge« kann man in Kategorien einer »Säuberung« des rückwärtigen Frontgebietes von problematischen »Fremden und Staatenlosen« interpretieren, die – der sowjetischen Definition gemäß – als Bürger eines nicht mehr existierenden Staates betrachtet wurden, welche die Übernahme der sowjetischen Staatsangehörigkeit verweigert hatten. Das Kriterium der Nationalität war dabei zweitrangig. Die absolute Mehrheit der Deportierten polnischer Nationalität resultierte vielmehr aus der Tatsache, dass die erwähnten gesellschaftlichen oder politischen Zugehörigkeiten sich teils tatsächlich, oft jedoch auch nur vermeintlich mit den entsprechenden nationalen Zugehörigkeiten der Bevölkerung dieser polnischen Ostprovinzen deckten.

In der Zeit vom Beginn der Besetzung Ostpolens durch die Rote Armee und seiner Eingliederung in die Sowjetunion im September 1939 bis zum Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges im Juni 1941 wurden rund 670 000 bis 720 000 Personen Opfer von Repressalien seitens der sowjetischen Behörden, die entweder mit dem Tod oder einer dauerhaften Zwangsaussiedlung aus den Ostgebieten der polnischen Zwischenkriegsrepublik endeten. Unter diesen Menschen befanden sich mindestens 150 000 bis 170 000 Personen, die vor Kriegsausbruch im September 1939 in Zentral- oder Westpolen gelebt hatten.⁸² Bezieht man die polnischen

so genannten »Verbannungssiedler« (sslynoposelency). Siehe Roszkowski, Wojciech: *Z archiwów sowieckich* [Aus den sowjetischen Archiven], Bd. 3: *Konflikty polsko-sowieckie 1942–1944* [Polnisch-sowjetische Konflikte 1942–1944], Warschau 1993, S. 34 f.

⁸² Siehe die allgemeinen Schätzwerte in: »Raport« Indeks u Represjonowanych [»Bericht« zum Verzeichnis der Verfolgten] von 2002 sowie die Teilberechnungen in: Ruchniewicz, Małgorzata u. a.: *Represje sowieckie wobec Polaków i obywateli polskich* [Sowjetische Repressionen gegen Polen und polnische Staatsbürger], Warschau 2002, S. 7–21; Ruchniewicz, M.: *Stosunki narodowościowe w latach 1939–1948 na obszarze tzw. Zachodniej Białorusi* [Die nationalen Beziehungen auf dem Gebiet des so genannten Westweißrussland in den Jah-

Kriegsgefangenen in die Rechnung mit ein, erhöht sich letztere Zahl noch zusätzlich. Während unter denjenigen Verfolgten, die ihren ständigen Wohnsitz vor 1939 in den östlichen Provinzen Polens hatten, die Polen mit rund 220 000, also zwei Drittel der Inhaftierten und Deportierten, die größte Gruppe stellten, überwogen unter den verfolgten Flüchtlingen aus Zentral- und Westpolen die Juden (über 80 Prozent). Exaktere Angaben zur nationalen Zusammensetzung aller jener Menschen, die vom sowjetischen Verwaltungs- und Repressionsapparat erfasst wurden, sind bisher nicht zugänglich. Die Schwierigkeiten bei der Berechnung der Verluste, die den unterschiedlichen nationalen Gruppen in den von der Sowjetunion besetzten Gebieten der polnischen Zwischenkriegsrepublik zugefügt wurden, ergeben sich auch aus Zweifeln an der Glaubwürdigkeit der sowjetischen Informationen: In den Dokumenten des NKVD wird der Anteil der Polen an der Gesamtbevölkerung der okkupierten Gebiete in manchen Fällen bis um ein Drittel zu niedrig angesetzt.⁸³

Übersetzung aus dem Polnischen von Lukas Imhof (Berlin)

ren 1939–1948], in: Ciesielski, Stanisław (Hrsg.): *Przemiany narodowościowe na Kresach Wschodnich II Rzeczypospolitej 1931–1948* [Nationale Veränderungen in den Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik 1931–1948], Toruń 2003, S. 271–273.

⁸³ Hryciuk: *Przemiany narodowościowe* (Anm. 74), S. 187 u. 196 f.; Eberhardt, Piotr: *Przemiany narodowościowe na Białorusi* [Nationale Veränderungen in Weißrussland], Warschau 1993, S. 78–83; *Polskie podziemie* (Anm. 25), S. 449; Gorlanov/Roginskij: *Ob arestach* (Anm. 24), S. 89.